

Information von öffentlichem Interesse
Medienrelevante Anfrage

Anfrage durch:

Medien

Thema:

Portokosten Bezirke Zuständigkeitsverschiebung

Auskunftsstelle:

Magistratsdirektion

Monat der Auskunft:

Oktober 2025

Im Folgenden sind die gegenständlichen Fragen – diese werden genauso zitiert, wie sie tatsächlich gestellt wurden – und die erteilten Auskünfte übersichtlich aufgegliedert:

Frage: Ich habe gehört, dass es im Zuge der Budgetkürzungen Aufregung in den Bezirken gibt, da bisher die Portokosten (von der Magistratsdirektion?) übernommen worden sind, was zukünftig nicht mehr der Fall sein soll.

Frage:

1. Stimmt?
2. Wie hoch waren die Portokosten 2024 insgesamt und wenn möglich aufgeschlüsselt nach Bezirken?

Zu Ihrer Anfrage vom 6. Oktober schicken wir Ihnen nachfolgend die Aufstellung der Portokosten der Bezirke für das Jahr 2024. Gesamt für alle 23 Bezirke beliefen sich die Portokosten auf € 1.305.433,66. Anbei finden Sie auch die Auflistung nach Bezirken.

Der überwiegende Teil der Portokosten entfiel auf Öffentlichkeitarbeitsmaßnahmen der Bezirksvorstehungen (zB U-Bahn-Bau, Baustelleninfos bzw. Projektinformationen, Partizipation, etc). Dieser Budgetposten ist somit zukünftig nicht mehr in der Magistratsdirektion, aber weiterhin im Budget der Stadt Wien vorgesehen. Die Zuständigkeitsverschiebung soll mit dem kommenden Budgetbeschluss, also dem Voranschlag 2026, wirksam werden.

BV	2024
BV 01	€ 29.007,63
BV 02	€ 30.498,36
BV 03	€ 9.535,70
BV 04	€ 58.605,91
BV 05	€ 49.173,65
BV 06	€ 143.122,24
BV 07	€ 102.771,01
BV 08	€ 54.522,24
BV 09	€ 112.512,28
BV 10	€ 3.205,93
BV 11	€ 42.451,12
BV 12	€ 61.929,92
BV 13	€ 51.911,79
BV 14	€ 63.472,57
BV 15	€ 75.560,58
BV 16	€ 51.054,54
BV 17	€ 21.824,89
BV 18	€ 80.922,10
BV 19	€ 35.935,31
BV 20	€ 31.149,72
BV 21	€ 72.563,41
BV 22	€ 94.787,44
BV 23	€ 28.915,32
GESAMTSUMME	€ 1.305.433,66

Zusatzfrage: Das bedeutet, dass auch künftig die Bezirke diese Kosten nicht aus ihren eigenen Budgets zahlen müssen? Etwaige Finanzrahmen für nächstes Jahr müssten also im Büro der Finanzstadträtin nachgefragt werden?

Korrekt, die Zuständigkeitsverschiebung geht nicht zulasten der Bezirksbudgets - sobald es einen Budgetbeschluss, also Voranschlag 2026, gibt, kann auch Ihre 2. Frage beantwortet werden.